

Zeitschrift: Frauenbestrebungen
Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)
Band: - (1917)
Heft: 11

Artikel: Über die Rolle der Frau in der nationalen Erziehung unserer Jugend : Vortrag von Prof. Dr. Grossmann, gehalten an der Generalversammlung des Bundes schweizerischer Frauenvereine in Aarau : 13. Oktober 1917 : [1. Teil]

Autor: Grossmann
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-326382>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sammengesetzten Kantonsrate in der Diskussion verschiedene Meinungen zum Ausdruck kamen, war zu erwarten, und dass die Motion auf ernstliche Gegner stiess, nicht verwunderlich. Wenn ein Herr Pestalozzi-Junghans sich nicht mehr in das Empfinden einer modernen Frau hineinendenken kann und keineswegs aus Missachtung für die Frau, sondern aus rein idealen Gründen befürchtet, dass man durch Verleihung des Stimmrechtes das Beste in der Frau ertöte, so sind diese Befürchtungen, obgleich ich sie nicht teile, durchaus achtenswert, wenn aber ein Dichter, wie Nationalrat Bopp so rückständig von den Frauen reden kann wie er es tat, so ist dies doch mehr als befremdlich. Er ist ein Gegner des Frauenstimmrechtes:

1. Weil er in der Forderung desselben nicht ein grosses Menschlichkeitsproblem erblickt, sondern ein Parteidogma (ungerechte Anschuldigung, da Herr Greulich einleitend betonte, dass die Motion nicht als Parteisache aufzufassen sei).
 2. Weil er nicht will, dass den Frauen alle Rechte der Männer ohne die entsprechenden Pflichten (Dienstpflicht) eingeräumt werden. (Dass aber die Mutterschaft der Wehrpflicht mindestens ebenbürtig ist und die Leistungen der Frauen in Haus und Hof und Beruf ebenso gross sind wie die der Männer, darüber geht er stillschweigend hinweg.)
 3. Weil die Politik sich nicht für die Frau eigne und sie eher ins Haus gehöre (man denke an die 510 000 im Berufe stehenden Frauen!).
 4. Weil die Politik viel Zartes in der Frau zerstöre. (Als ob das Leben mit seinen Realitäten immer sehr zart mit der Frau umginge!)
 5. Weil politische Konflikte in die Familien getragen würden. (Als ob ein Familienglied nicht des andern Meinung respektieren könnte, ohne sie zu teilen!)
 6. Weil die Grosszahl der Frauen auf dem Lande das Frauenstimmrecht nicht wollen (was noch zu untersuchen wäre).
- Wenn es in der Stadt überschüssige Kraft gebe, so mögen diese paar hundert Frauen in Scharen auf die ungepflügten Felder hinausgeführt werden, um sie zu bebauen. (Ob sie da willkommen wären?)

Auch die Frauenbewegung im Auslande ist ihm nicht massgebend, zumal die russische. Aus diesen erwähnten Gründen kann er nicht einmal in die von der Regierung abgeänderte Form der Motion willigen (etwa dass die Frage nur geprüft werden soll); denn solche Motionen werden immer als Agitationsmittel verwendet. Er stellt den Antrag auf Ablehnung.

Glücklicherweise trat diesem Antrage Herr Prof. Vetter entgegen, der kraft seiner Persönlichkeit, seines umfassenden Wissens, seines Weit- und Tiefblickes, seiner idealen Gesinnung, die des realen Bodens nicht entbehrt, mit der warmen Befürwortung der Motion Eindruck machte, machen musste.

Ihm ist die Motion Greulich das schönste Ereignis, das er im Kantonsrat erlebte. Gerade so wie es ihn freute, dass die Frage vom Motionär so trefflich beleuchtet wurde, so sehr kränkte es ihn, dass von der Frau und ihrer Aufgabe in solch rückständiger und anmassender Weise gesprochen wurde. Die Frage der politischen Gleichberechtigung der Frau ist keine Parteisache, sondern als gute Sache zu begrüssen, komme sie von welcher Seite sie wolle. Man lese die den Ratsmitgliedern zugestellte treffliche Schrift des Winterthurer Stadtpräsidenten Dr. Sträuli über das Frauenstimmrecht. Wenn behauptet wurde, dass die Frauen keine Lasten hätten, so beweist das einen grossen Mangel von Beobachtungsgabe und Verkenntung der wirklichen Verhältnisse. Der Weltkrieg wird auch an uns nicht vorübergehen, ohne gewaltige Probleme der Lösung nahezubringen. Auch möchte der Redner die Verhältnisse in Russland nicht so geringschätzig beurteilt wissen. Er, der jahrelang daselbst lebte, hat den guten Kern des Volkes schätzen gelernt und erwartet von ihm Grosses für die Zukunft. Auch der fortschrittlich gesinnten Frauen Finnlands und ihrer Arbeit gedenkt er mit Bewunderung. Es ist erfreulich, dass

die Regierung die Motion zur Prüfung entgegennehmen will. Zu wünschen ist, dass die Prüfung mit jenem Ernst und der Freudigkeit erfolgt, die das Problem verdient. Man wird in der Lösung dieser grossen wichtigen Menschheitsfrage von allen Seiten auf den sonst so fortschrittlichen Kanton Zürich hinblicken.

Dieser mit Beifall aufgenommenen Rede waren noch sympathische Ausführungen von Herrn Sekretär Fähndrich vorausgegangen, der von dem Standpunkte ausging, dass, wenn schwere, körperliche Arbeit nicht als unweiblich betrachtet werde, dies auch bei der Gewährung von politischen Rechten nicht der Fall sein sollte. Nach ihm würde die Mutterschaft allein der Frau das volle Recht auf das passive und aktive Wahlrecht verbürgen.

Herr Dr. Rüttsche erklärte im Namen der freisinnigen Partei, dass sie sich der Annahme der Motion in der regierungsrätlichen Form nicht widersetze, ohne sich damit indessen für die grundsätzliche Stellungnahme in der vorliegenden Frage zu binden.

Herr Traber endlich fürchtet, dass die abgeschwächte Form der Motion dazu dienen könnte, sie hinauszuschieben.

Bei der Abstimmung wurde mit 108 gegen 70 Stimmen, also mit $\frac{3}{5}$ Mehrheit, die regierungsrätliche Fassung der Motion gegenüber dem Ablehnungsantrag Bopp erheblich erklärt, worüber die Frauen auf der Tribüne sich nicht enthalten konnten, ihrer aufrichtigen Freude und Genugtuung durch Händeklatschen Ausdruck zu geben.

Auf dem Wege die Treppe hinunter stiess ich auf einen ältern Kantonsrat vom Lande, der mir, obgleich er mir unbekannt war, vergnügt entgegenlachte: „Sind Sie nun zufrieden?“ „Ja, sehr!“ antwortete ich aus vollem Herzen. Ich habe die Überzeugung, dass es noch viele meiner Leserinnen sein werden.

Uns Frauen bleibt aber noch mehr zu tun, als uns über den schönen Erfolg zu freuen. Freunde müssen wir uns werben für die gute Sache, auch in der Frauenwelt. Möge eine jede an ihrer Stelle das ihrige beitragen, um die Idee des Frauenstimmrechtes in allen Kreisen zu verbreiten und warm zu befürworten, damit, wenn es uns endlich einmal geschenkt wird, es alle Frauen bereit finde.

M. M.

Über die Rolle der Frau in der nationalen Erziehung unserer Jugend.

Vortrag von Prof. Dr. Grossmann,
gehalten an der Generalversammlung des Bundes Schweizerischer Frauenvereine
in Aarau, 13. Oktober 1917.

Meine Damen und Herren!

Die eindrucksvollste Lektion nationaler Erziehung bildet für das Schweizervolk das grauenvolle, unerbittliche Völkerschicksal, das sich seit mehr als drei Jahren rings um uns vollzieht. Die tragische Verkettung der Ereignisse lässt uns den Wert unseres nationalen Erbgutes immer tiefer erkennen und schätzen. Die Erschütterungen, die der Krieg auch in unserm Lande ausgelöst hat, zeigen uns aber mit erschreckender Deutlichkeit die Gefahren, die unserer nationalen Selbständigkeit drohen, und fordern das Zusammenstehen aller, denen eine gesicherte und würdige Zukunft des Vaterlandes am Herzen liegt. Nur in einer tiefwühlenden nationalen Erneuerung kann die Gewähr einer solchen Sicherstellung der Zukunft unseres Landes liegen. Die Gesamtheit der Bestrebungen, welche diese nationale Erneuerung herbeiführen soll, umfassen wir in dem Begriff der nationalen Erziehung. Bevor wir uns aber mit einer genaueren Umschreibung dieses Begriffes der nationalen Erziehung befassen können, müssen wir uns über die Bedürfnisfrage, über die Notwendigkeit einer nationalen Erneuerung zu verständigen suchen.

Die grosse Gleichgewichtsstörung, die der Weltkrieg auf allen Gebieten hervorgerufen hat, zieht auch unser Land immer

stärker in Mitleidenschaft. Unsere geographische Lage und die wirtschaftliche Abhängigkeit von allen unseren Nachbarn bringen uns eine Fülle von Sorgen und bedrohen unsere wirtschaftliche Existenz immer mehr. Internationale Abmachungen erweisen sich als zu schwach, unsere wirtschaftliche Neutralität zu schützen. Und doch ist unser Los immer noch unendlich besser als das anderer Neutralen, deren Existenz vernichtet oder endgiltig mit dem Schicksal der Kriegführenden verknüpft ist. Dazu kommt, dass der Krieg zweifellos auch in unsern Lande die sozialen Gegensätze verschärft hat. Die enorme Teuerung drückt in erster Linie die wirtschaftlich Schwachen und Unselbständigen, während Eigennutz und rücksichtslose Ausnützung dieser Notlage bei uns wie in den kriegführenden Staaten einen dunkeln Schatten auf unsere Gesellschaftsordnung werfen. Die zunehmende Schuldenlast, die uns der Krieg bringt, wird die Solidarität aller Volkskreise auf eine harte Probe stellen.

Zu diesen wirtschaftlichen Sorgen traten nun aber von Kriegsbeginn an neue Gegensätze auf geistigem Gebiet, die uns mit Sorge in die Zukunft blicken lassen. Natürliche Gegensätze der Sympathieen mit den Kriegführenden haben tiefe Gegensätze des politischen Denkens und Fühlens enthüllt und unsere nationale Einigkeit wiederholt auf eine schwere Probe gestellt. Es ist in hohem Masse oberflächlich, wenn man diese Uneinigkeit durch gegenseitige Moralpredigten und Vorwürfe glaubt wirksam bekämpfen zu können, wenn die einzelnen Landesteile einander mangelnden Patriotismus vorwerfen, wenn sie zwar den Splitter in des Bruders Auge, nicht aber den Balken im eigenen Auge sehen. Die Wurzel des Übels liegt tiefer als im schlechten Willen der Hadernden. Daher kann es sich auch nicht darum handeln, mit billigen Kompromissen die Gegensätze zu vertuschen, sondern wir müssen uns zwingen, dem Problem ins Auge zu sehen und es zu lösen versuchen. Dann kann uns die Krisis, die wir durchleben, zum Heile dienen und uns letzten Endes stärker machen, als wir je gewesen sind.

Suchen wir in knappem Rahmen einige der Erscheinungen, die vielen Eidgenossen als gefährlich für die Zukunft des Landes erscheinen, zu umspannen.

Die politische Neutralität im Völkerringen wird wohl von der überwiegenden Mehrheit der Schweizer als ein Glück und eine Tugend und nicht als Laster oder Zwang empfunden. Die zahlreichen Bande, die uns mit dem einen oder andern der Nachbarstaaten verbinden, erwiesen sich aber oft genug stärker als die Gefühle, die uns mit den Eidgenossen verbinden sollten. Die moralische Neutralität erweist sich als schwerer, ja als unmöglich, wie jede aufrichtige Selbstprüfung ergibt. Die Vielheit der Kriegsursachen, die Dunkelheit, die über mancher wesentlichen Frage liegt, die Hoffnungen, die an den Sieg der einen oder andern Partei geknüpft werden, bringen es mit sich, dass wohl die meisten unter uns innerlich mehr oder weniger Partei ergriffen haben. Solange diese Parteinahme sich nicht in verletzender Weise äussert, solange sie nicht den Hass schürt oder die Verbitterung vertieft, werden wir sie hinnehmen müssen, sofern sie nicht unsere politische Neutralität gefährdet. Bedenklicher aber ist, dass auch Meinungsverschiedenheiten bestanden haben und auch jetzt noch bestehen in Grundfragen unseres eigenen politischen Glaubensbekenntnisses, dass sich auch bei uns Stimmen erhoben haben, denen im Völkerleben die Macht vor dem Recht geht, denen demokratische Grundsätze unwesentlich, ja rückständig geworden waren, die sich blenden liessen durch äussere Erfolge und imperialistische Grösse. Die geistige Überfremdung, die sich namentlich in intellektuellen Kreisen breitmachte, war uns schon vor dem Krieg bekannt. Wie oft konnte man hören, dass die kleinen Staaten eben langsam verschwinden würden, dass sie von den grossen, besser organisierten auf friedlichem Wege oder durch die Gewalt einem besseren Los entgegengeführt würden, wie ja auch in der Natur und im Wirtschaftsleben die Kleinen den Grossen

Platz machen müssen. Sich aufzulehnen gegen diesen Gedanken sei altmodische Sentimentalität. Der Anschluss an einen grossen und mächtigen Staat könnte manche Vorteile bieten: grössere Absatzgebiete, mächtigen Schutz für Handel und Industrie, straffe, zweckmässige Organisation, Verstärkung der Autorität auf allen Gebieten, einen Wall gegen Umsturz und Unglauben. Diese Geistesverfassung ging Hand in Hand mit einem Überwiegen der materiellen Interessen, mit einer Bewunderung der brutalen Macht und einer Verehrung der Autorität auf allen Gebieten.

Sie werden mir zugeben, dass solche Überzeugungen unschweizerisch, undemokratisch und unseren besten Traditionen entgegenlaufend sind. Es tut sich in ihnen eine Entartung des politischen Denkens und Fühlens kund, gegen die wir mit allen Mitteln ankämpfen müssen. Hier liegt eine wichtige Aufgabe unserer höheren Schulen, insbesondere unserer Universitäten, auf denen die heranwachsende Jugend ihre politischen Ideale erwirbt, die sie dereinst fähig machen sollen, Führer des Volkes zu sein. Erfreulicherweise haben sich unsere schweizerischen Hochschullehrer schon vor zwei Jahren zu einer nationalen Vereinigung zusammengefunden, welche die geistige Unabhängigkeit unserer akademischen Jugend, ihr Festhalten am schweizerischen Staatsgedanken gegen wesensfremde, politische Theorien sich zum Ziel setzt. Wichtige Kundgebungen hat diese Vereinigung veranlasst, die nicht ohne Einfluss auf unser geistiges Leben geblieben sind, ich brauche nur die Namen Ragaz, Seippel, Egger, Bernard Bouvier, Fleiner zu nennen, um Ihnen zu zeigen, wie die schweizerischen Hochschullehrer in einigem Zusammenarbeiten sich ihrer nationalen Aufgabe bewusst sind.

Diese geistige Überfremdung, über die vor kurzem auch Herr Prof. Ehrenzeller aus St. Gallen vor der Schweiz. gemeinnützigen Gesellschaft sich ausführlich verbreitet hat, hat sehr mannigfaltige Quellen. Die ausländische Presse und Unterhaltungsliteratur pflanzt seit Jahrzehnten fremde Anschauungen in unseren Boden; die zahlreichen Ausländer, die unser Land bewohnen, bringen fremde Lebens- und Staatsauffassungen mit, ja sie stehen oft genug bewusst im Dienste einer fremden Sache; die vielen Neuschweizer bleiben ihrer neuen Heimat oft genug innerlich fremd, namentlich wenn ihre alte Heimat in Glanz und Ansehen steht; die wirtschaftliche Überfremdung, die uns gerade seit Kriegsbeginn so klar vor Augen getreten ist, verknüpft viele unserer Volksgenossen in ihren materiellen Interessen mit dem Ausland. Dazu tritt, dass der gewaltige Prozentsatz an Fremden uns zwingt, Einbürgerungen vorzunehmen, auch wenn die geistige Assimilierung der Fremden nicht immer oder in wenigen Fällen sichersteht. Alle diese Ursachen drohen Entartung unseres nationalen Lebens herbeizuführen, gegen die wir mit allen Mitteln Stellung nehmen müssen.

Die Überfremdung bedroht auch unsere demokratische Lebensauffassung. Es konnte nicht ohne Einfluss bleiben, dass unser Volk seit Jahrzehnten Grafenromane verschlingt, die nur in den höchsten adeligen Kreisen sich abspielen und so falsche, uns wesensfremde Untertanengefühle wecken, dass es sich berauscht an Fürstenbildern und die Einfachheit unserer Verhältnisse vergleicht mit dem Glanz monarchischer Staaten. Die ausländischen Sonntagsblätter, die bis vor wenigen Jahren wöchentlich in Hunderttausenden von Exemplaren über die Grenze kamen, und bis in die hinterste Hütte drangen, haben eine einseitige Pionierarbeit geleistet, von deren Wirksamkeit wir uns überzeugen konnten. Diese Sonntagsblätter sind bekanntlich verdrängt von der „Genossenschaftschweizerischer Sonntagsblätter“, die von der Neuen Helvetischen Gesellschaft gegründet wurde. Aber es bleibt auf diesem Gebiete noch viel zu tun; nicht nur haben die schweizerischen Sonntagsblätter anzukämpfen gegen die Ungunst der Zeiten, sondern es gibt auch jetzt noch Presseerzeugnisse;

die ebenso gefährlich wirken. Hier vor Schweizer Frauen möchte ich ganz besonders aufmerksam machen auf einige Modejournale, z. B. „Vobachs Modenzeitung für die Schweiz“, ein in Berlin verlegtes, sehr verbreitetes, weil sehr gutes Modenblatt, dessen politische Bilder und Illustrationen aber durchaus unschweizerisch sind, ja häufig genug verfälschte Stimmungsmache verraten. Sollte es nicht möglich sein, solche Produkte zu verdrängen durch sachlich gleichwertige, aber politisch einwandfreie schweizerische Publikationen? Die Gruppe Zürich der Neuen Helvetischen Gesellschaft prüft diese Frage seit kurzem. Einige Zürcher Damen beteiligen sich in verdankenswerter Weise an dieser Arbeit. Aber nur die Mitarbeit Ihres Bundes kann Erfolg versprechen.

Mitverantwortlich an dieser politischen Entartung unseres nationalen Lebens war das Überwiegen wirtschaftlicher, materieller Interessen in unserer Innenpolitik. „Realpolitik“ war für viele unserer Führer das einzig Wesentliche; die Politik wurde mehr und mehr zu einem Kampf wirtschaftlicher Interessengegensätze, zu einem Kompromiss dieser regionalen Interessen mit jenen wirtschaftlichen Bestrebungen, und nicht mehr nach Grundsätzen, sondern nach Opportunitätsrücksichten wurde gehandelt. Ein erschreckliches Sinken des geistigen Niveaus unseres politischen Lebens war die Folge; wen nicht das Carrièremachen oder materielle Interessen lockten, blieb fern. Alle Parteien beklagten das Ausbleiben des tätigen Nachwuchses. Interesselosigkeit der Wähler war die weitere Folge. Und wie im Staat auch im Privatleben. Ein Überwiegen materieller Interessen war unverkennbar. Der Grad der wirtschaftlichen Überfremdung unseres Landes ist zu einem grossen Teil verursacht durch die Skrupellosigkeit, mit der die Rücksichten auf das Landeswohl dem persönlichen Vorteil bei diesen und jenen Transaktionen geopfert wurden.

Besonders schmerzlich aber müssen wir den Mangel an Solidarität und sozialem Empfinden hervorheben, dem diese Misstände entspringen. Unsere schöne Schweizerdevise: „Alle für einen, Einer für Alle“ steht in Wirklichkeit nur auf dem Papier. Brauche ich an die beschämenden Vorgänge zu Beginn des Krieges zu erinnern? Wo die Lebensmittelgeschäfte gestürmt wurden und die Armen oder weniger Bemittelten angstvoll zusehen mussten, wie die andern sich mit reichlichen Vorräten versahen, während ja auch sie entsetzt an die drohende Zukunft dachten? Eine sinnlose Überbietung setzte ein, eine Preissteigerung der unentbehrlichsten Lebensmittel war die Folge, lange vor wirklichem Mangel. Und es ist heute noch nicht viel besser geworden. Man braucht nur an die Tage zu erinnern, die der Butterrationalierung oder der Einführung der Brotkarte vorangingen. Glauben Sie nicht auch, meine Damen, dass eine Mutter, die an solchen Tagen ruhigen Kopf behält und erklärt „da mache ich nicht mit“, ihren Kindern die schönste und eindrucksvollste Lektion nationaler Erziehung gibt? Denn das ist ja das Geheimnis der Erziehung auch auf diesem Gebiet, dass jeder von uns täglich Gelegenheit hat zu wirken, wenn ihm nur das Herz auf dem rechten Fleck sitzt. Die Erlebnisse jener traurigen Tage haben dem vaterländischen Empfinden vieler Schweizer und vieler Schweizerinnen einen tödlichen Stoss versetzt, der nicht mehr gut zu machen ist.

Und da wundert man sich über das Schwinden vaterländischer Gefühle in weiten Kreisen unseres Volkes! Es ist durchaus unzulänglich, wenn man diese Entfremdung ausschliesslich der Wühlarbeit gewissenloser Hetzer zuschreibt. Gewiss, auch unsere Arbeiterbewegung ist der Überfremdung nicht entgangen. Fremde Führer und Verführer, die in ihrem Heimatlande nicht ein Zehntel der politischen Rechte besitzen, als jeder Schweizer, haben unheilvollen Einfluss zu gewinnen vermocht. Aufgewachsen unter dem Eindruck fremder Zustände übertragen sie mechanisch ihre Forderungen auf unser Land. Die Ablehnung der Landesverteidigung eines friedlich gesinnten, neutralen Kleinstaates ist denn doch nach den Erfahrungen

der letzten drei Jahre ebenso naiv, wie verbrecherisch. Die internationalen Ideale der Sozialdemokratie in allen Ehren: aber wo sind sie in den kritischen Augusttagen des Jahres 1914 geblieben? Damals gingen sie mit fliegenden Fahnen in der Massensuggestion unter. Erfreulicherweise zeigt sich denn auch eine Reaktion bei einem Teil der schweizerischen Arbeiterschaft, die sich bewusst bleibt, dass ein Untergehen unserer nationalen Selbständigkeit auch ihre Zukunft kaum rosiger gestalten würde.

Mangel an Solidarität hat auch zwischen Konsumenten und Produzenten geherrscht, zwischen Stadt und Land. So dankbar das ganze Land die gewaltigen Anstrengungen der Landwirtschaft anerkennen muss, so steht doch auf der andern Seite fest, dass die Produzenten die ihnen günstige Konjunktur ergiebig ausgenützt haben. Gönnst man auch dem Bauer, dass es ihm, nach dem Zeugnis kompetenter Führer, gut geht, so dürfen wir doch nicht vergessen, dass es eben Hunderttausenden schlecht, herzlich schlecht geht in unseren Tagen, dass viele unselbständige Existenzen ihre letzten Notpfennige aufbrauchen müssen und nicht aus noch ein wissen. Und in weiten Kreisen wird man das drückende Gefühl nicht los, dass eine weitsichtiger Lebensmittelpolitik viel Not und viel Sorgen von unserem Volke hätte halten können.

Als besonders gefährlich für unsere nationale Zukunft müssen wir endlich die Entfaltung des Rassen- und Sprachenkampfes in unserem Lande bezeichnen. Wir sehen seit drei Jahren die verderblichen Früchte nationaler Überhebung, des Hasses und der Geringschätzung, welche die verschiedenen Rassen und Sprachstämme einander entgegenbringen. Es ist eine Lebensfrage für die Zukunft unseres Landes, dass wir uns mit allen Mitteln dagegen stemmen, dass diese Gegensätze nicht auf unseren Boden verpflanzt werden. Unsere schweizerische Staatsauffassung kennt nur eine vollständige Gleichberechtigung der Rassen, Sprachen und Konfessionen. Es gibt bei uns in diesem Zusammenhange keine Minoritäten, die sich der Majorität fügen müssten. Wir freuen uns, dass das Zusammenklingen der Eigenschaften dreier Rassen und Sprachen die wertvollste gegenseitige Ergänzung entsteht, durch die wir gewinnen, die unseren geistigen Horizont weitet und unser Gefühlsleben bereichert. Wir schätzen die politischen Überzeugungen, die uns mit unsern Eidgenossen verbinden, höher als die Gemeinsamkeit der Sprache, die uns mit unseren Nachbarn verbindet. Es ist jetzt, in diesen aufgeregten Kriegszeiten unmöglich, die kulturellen Zusammenhänge, die uns mit unseren Nachbarn verbinden, einseitig zu betonen, ohne Gefahr zu laufen, damit auch die politischen Ideen der Nachbarn einseitig zu übernehmen und damit in Gegensatz zu schweizerischen Überzeugungen zu kommen. Wir müssen uns daher gegen alle Bestrebungen wenden, welche die Interessen eines Landesteiles gegen jene der andern verfolgen, seien es nun die „Stimmen im Sturm“ (die haben erfreulicherweise ausgetobt) oder die „Deutschschweizerische Gesellschaft“.

Ich habe damit versucht, ohne vollständig zu sein, Ihnen einige der Erscheinungen zu beschreiben, die meiner Ansicht nach, die ich mit vielen Eidgenossen teile, eine nationale Erneuerung unseres Landes als dringend erscheinen lassen. Alle Bemühungen nun, die sich diese Erneuerung zum Ziel setzen, dienen der nationalen Erziehung. Und wegen der Vielgestaltigkeit der zu bekämpfenden Erscheinungen müssen auch die Wege der nationalen Erziehung vielgestaltig sein, wodurch jedem Eidgenossen die Mitarbeit ermöglicht ist. Denn bei gutem Willen, und wenn wir das Ziel klar vor uns sehen, stehen uns vielerlei Mittel zur Verfügung, auf die gegenwärtige wie auf die künftige Generation zu wirken. Bevor ich es aber unternehme, insbesondere die Rolle der Frau in der nationalen Erziehung zu besprechen, um einige Anregungen und Über-

zeugungen zur Diskussion zu stellen, muss ich auf einen oft gehörten Einwand antworten.

Der Nationalismus, sagen manche, ist in grösstem Masse mitschuldig an der Katastrophe, unter welcher die Welt seit drei Jahren blutet und leidet. Die Überschätzung der eigenen Nation, die Entfachung nationalistischer Leidenschaften und die Überspannung nationaler Interessen hat zum Zusammenstoss und zum Interessenkonflikt führen müssen. Ist es da nicht kurzichtig, ja verbrecherisch, wenn nun auch bei uns in der Schweiz ins nationalistische Horn gestossen werden soll?

Hierauf ist folgendes zu erwidern. Unsere national-politischen Ideale setzen sich aus zwei wesentlichen Elementen zusammen: aus dem demokratischen Prinzip, der Idee des volkstümlichen Staates und aus der Idee der über die Nationalitäten hinausreichenden politischen Nation.¹⁾ Dieser schweizerische Staatsgedanke, den wir neu beleben wollen, ist nirgends im Widerspruch mit den berechtigten Interessen anderer Völker und im besten Einklang mit den Hoffnungen, die wir als Menschen für die Zukunft der Welt hegen. Wir haben im Gegenteil die hohe Mission, der Welt zu beweisen, dass dieser Staatsgedanke durchführbar ist, dass die Demokratie lebensfähig ist und vereinbar bleibt mit staatlicher Sauberkeit, dass verschiedene Rassen und Sprachstämme in Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung miteinander leben können. Wenn wir also unser nationales Leben erneuern wollen, und wenn wir unsere Jugend zu unseren politischen Idealen entflammen wollen, so können wir mit gutem Gewissen behaupten, dass wir damit auch der Menschheit dienen. Unsere nationale Erziehung dient daher keinem engherzigen Nationalismus, sondern der Völkerverständigung und dem Völkerfrieden.

Fassen wir das Ziel der nationalen Erziehung in diesem Umfang, so werden Sie, meine Damen und Herren, zugeben, dass nur durch das Zusammenwirken Aller, durch die Mitarbeit der Kirche, der Schule, des Elternhauses, jedes Einsichtigen, durch ein Aufrufen des ganzen Volkes, durch eine Neubelebung unseres geistigen Lebens die grosse Aufgabe gelöst werden kann. Es würde zu weit führen, wenn ich den Anteil aller dieser Faktoren an der nationalen Erneuerung schildern wollte. Es ist von den verschiedensten Seiten und wiederholt geschehen. Viele Kräfte sind am Werk und vieles ist bereits durch das einträchtige Zusammenarbeiten von Eidgenossen aller Landesteile erreicht. Mit besonderer Freude können wir namentlich feststellen, dass unser gesamtes geistiges Leben eine Verjüngung erfahren hat, dass die zur Diskussion stehenden politischen Probleme immer weitere Kreise in ihren Bann ziehen und wertvolle Förderer gefunden haben, der beste Beweis, dass es sich um keine vorübergehenden Schlagworte handelt.

Es bleibt mir vielmehr die Aufgabe, einige Anregungen zu machen und auszuführen, wie ich mir die Mitarbeit der Frau bei der nationalen Erziehung vorstelle. Dabei bleibe ich mir bewusst, dass Ihre bessere Kenntnis der Wirkungsmöglichkeiten der Frau und der Frauenorganisationen wertvollere Vorschläge zeitigen wird. (Schluss folgt.)

XVII. Generalversammlung des Bundes schweiz. Frauenvereine in Aarau

13. und 14. Oktober 1917.

Bei lauem Föhnwetter empfing Aarau dies Jahr den Bund schweiz. Frauenvereine, und an Stelle der gewohnten Pfadfinderinnen stellten sich schmucke Kadetten den Ankommenden als dienstbare Geister zur Verfügung. Das sonst wohl als ruhig bekannte Städtchen war fast ein bisschen nervös ge-

worden, gaben sich doch am 13. und 14. Oktober nicht nur die Schweizerfrauen von nah und fern, sondern auch noch so und so viele Eisenbahner und Typographen Rendez-vous in seinen Mauern.

Die erste Generalversammlung im Zeichen der Brotkarte — wahrlich ein ernster Mahner an den Ernst der Zeit, der wir entgegengehen. Es war daher auch ganz am Platze, dass festliche Veranstaltungen diesmal wegfelen; dass es an Gemütlichkeit trotzdem nicht fehlte, dafür sorgten die Aarauer Frauen in zuvorkommendster Weise.

Der Grossratssaal — mit Selbstverständlichkeit angeboten und ebenso angenommen — war gut gefüllt; die Samstags-Sitzung dauerte von 2 bis 7 Uhr. Leider wickelte sich die Abgabe der Stimmkarten sowie der Appell der Delegierten etwas langsam ab, so dass die eigentliche Sitzung, d. h. Traktandum 2 mit dem von der Präsidentin Madame Chaponnière vorgetragenen Jahresberichte erst gegen 3 Uhr begann. Der vor einem Jahre neu gewählte Vorstand konnte seine Tätigkeit erst im Januar beginnen, wodurch namentlich die Statutenrevision zu kurz kam, resp. nicht genügend vorbereitet werden konnte. Die hiefür ernannte 7köpfige Kommission beendigte ihre Arbeit im Juli, so dass es dem Zentralvorstand erst im August möglich war, sich damit zu befassen. — Die übrigen Kommissionen für Presse, Stimmrecht und sozial-praktische Frauenarbeit arbeiteten normal. — Aus der Anna-Carolinen-Stiftung, deren Stiftungsrate Mad. Chaponnière und Frau Rudolph angehören, konnten 16 Stipendien ausgerichtet werden, welche bei den Betreffenden Gefühle der Dankbarkeit gegen die Stifterin auslösen. — Im Laufe des Berichtsjahres hat sich wegen Auflösung der Frauen- und Töchter-Bildungsverein Biel abgemeldet; dagegen sind 9 Vereine in den Bund eingetreten, ein stattlicher Zuwachs und ein Beweis, dass unser Verband Vertrauen geniesst. — Der Neuen Helvetischen Gesellschaft hat der Bund auf Ersuchen hin bereitwillig seine Mitwirkung für die Schweizer Woche zugesagt, finanziell natürlich nur in bescheidenem Masse, moralisch dagegen um so kräftiger durch Aufklärung und Appelle an die einzelnen Vereine. Noch in anderer Angelegenheit wandte sich die Neue Helvet. Gesellschaft an unsern Bund: in der Frage der Überfremdung und Zwangseinbürgerung in der Schweiz. Die Meinungsäusserung wurde aber schon auf 1. Juli 1917 verlangt, was eine einlässliche Prüfung und Behandlung durch eine Generalversammlung unmöglich machte. — Dem Stimmrechtsverein Bern, der sich durch Herausgabe des Jahrbuchs für Schweizerfrauen grosse Verdienste, aber auch ein Verlags-Defizit von Fr. 500 aufgeladen hat, liess der Vorstand seine Hilfe, indem er 90 Exemplare des Jahrbuches kaufte und zu Propagandazwecken an die Vereine abgab. — Die s. Z. über die Arbeitsverhältnisse der Laden- und Lehrtöchter herausgegebene Broschüre wurde in 12 Ex. Herrn Reg.-Rat. Dr. Tschumi zur Verfügung gestellt behufs Verwendung im Vorstand des Schweiz. Gewerbeverbandes, welcher sich momentan mit dem Studium des neuen Gewerbegesetzes befasst.

Dies ist kurz das Résumé der internen Angelegenheiten die den Zentralvorstand im Betriebsjahre beschäftigten. Auf internationaler Basis konnte natürlich nichts unternommen werden, und von den aus den kriegführenden Ländern einlaufenden Gesuchen konnte nur eines berücksichtigt werden. Die französischen Post- und Telegraphen-Angestellten erbaten sich von den schweizerischen Kollegen kleine jährliche Beiträge an die Kosten zur Erziehung von Kindern im Kriege gefallener Kollegen. Da es sich um eidgenössische Beamte handelt, musste aus Neutralitätsgründen abgelehnt werden. Die Schweizer Kolonie in Paris wünschte unsere Teilnahme an einem Proteste gegen die in den besetzten Gebieten an Frauen verübten Gewaltmassregeln. Ablehnung musste auch hier erfolgen wegen mangelnder Kenntnis des genauen Sachverhaltes; ebenso die Teilnahme an einer Friedensdemonstration der Frauen in allen

¹⁾ Vgl. Max Huber „Der Schweizerische Staatsgedanke, Schriften für Schweizer Art und Kunst“ (Rascher & Co., Zürich.)